

Der bekannte US-Journalist und Kriegsgegner Norman Solomon analysiert die US-Zwischenwahlen und empfiehlt der Parteiführung der Demokraten, sich künftig stärker an den progressiven Forderungen der Parteibasis zu orientieren.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 149/18 – 23.11.18

Eine Herausforderung für das neue blaue Repräsentantenhaus: Progressive Forderungen durchsetzen!

Von Noman Solomon

Truthout, 08.11.18

(<https://truthout.org/articles/a-challenge-to-the-new-blue-congress-govern-as-progressives/>)

Schon am Dienstagabend, als noch nicht einmal alle Wahlergebnisse vorlagen, stimmten "Experten" in den TV-Nachrichten der Kabel-Kanäle den aus allen Medien bekannten Refrain an, den sie der Parteiführung der Demokraten seit Jahrzehnten empfehlen: Weg von linken Positionen, hin zur Mitte!

Weil die Demokraten nach acht Jahren wieder die Kontrolle über das Repräsentantenhaus übernommen haben, sind in den kommenden Monaten noch viele solcher Ratschläge zu erwarten. Es mag vernünftig klingen, "erschwingliche Krankenversicherung" statt "Krankenversicherung für alle" oder "Subventionen für kommunale Colleges" statt "kostenlose Studiengänge an öffentlichen Universitäten" zu fordern. Aber die schwammigen Formulierungen bieten keine Alternativen zu den bestehenden misslichen Verhältnissen, die zornige Wähler in die Arme rechter Populisten getrieben haben.

Letzte Woche – in den Schlusstagen des Wahlkampfes vor den Zwischenwahlen – hat sich Barack Obama an "mitfühlende Konservative" gewandt und sich damit einer Formulierung bedient, die George W. Bush schon vor zwei Jahrzehnten benutzt hat. Dabei ist bekannt, dass nur wenige republikanische Wähler vor Wahlen für progressive Forderungen zu gewinnen sind, die von denen ihrer Partei abweichen. Derartiges Anbieten dämpft allenfalls die Begeisterung der demokratischen Basis, durch deren tatkräftige Unterstützung bei früheren Zwischenwahlen republikanische Kandidaten geschlagen werden konnten.

Obwohl (der Demokrat) Andrew Gillum (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Andrew_Gillum) bei der Gouverneurswahl in Florida den Sieg nur knapp verpasst hat, und es Frau Stacey Abrams (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Stacey_Abrams) nicht gelungen ist, bei der Gouverneurswahl in Georgia eine Stichwahl zu erzwingen, haben beide mit progressiven Forderungen in ihren Wahlkämpfen sicher einigen demokratischen Kandidaten zu Siegen in ihren Wahlbezirken verholfen. Vor allem farbige und junge Wähler können eben eher von progressiven, als von "gemäßigten" Kandidaten "umgestimmt" werden.

Das Gleiche gilt für den begeisternden Wahlkampf des für den Senat kandidierenden Demokraten Beto O'Rourke (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Beto_O%E2%80%99Rourke), der in Texas gegen den republikanischen Rechtsaußen Ted Cruz kandidierte und mit weniger als 3 Prozent unterlag. Die texanische Journalistin Mimi Swartz kommentierte den Wahlausgang in der *New York Times* (s. <https://www.nytimes.com/2018/11/07/opinion/swartz-beto-cruz-texas.html>) wie folgt: "O'Rourke hat in unzufriedenen Texanern Hoffnung auf bessere Zeiten geweckt, und auch ich hoffe, dass sie seine knappe Niederlage als Zeichen dafür ansehen, dass er beim nächsten Mal gewinnen könnte." Sie fügte hinzu, "die

Begeisterung für O'Rourke habe vermutlich "weniger auffälligen und weniger begüterten Demokraten geholfen, in ihren Wahlbezirken zu gewinnen". Er habe Samen für kommende Jahre ausgesät. Der Präsident der Vereinigung Voto Latino (s. <http://votolatino.org/>) teilte mit, seine Organisation habe in Texas eine 500-prozentige Zunahme bei der Registrierung junger Stimmberechtigter lateinamerikanischer Herkunft festgestellt – und das in einem Staat, der bisher die geringste Wahlbeteiligung von allen zu verzeichnen hatte.

Wenn Wahlkämpfe mit Forderungen der Parteibasis geführt werden, liefern sie den Kompost, der den Boden für künftige Wahlsiege bereitet. Im Gegensatz dazu bleibt nach Wahlkampagnen, in denen die Parteiführung nur mit abwiegelnden Argumenten auf drängende Probleme reagiert, wenig übrig, auf das sich anschließend aufbauen ließe. Die Massenmedien klatschen der Parteiführung zwar Beifall, aber ihre Laschheit entmutigt die Parteibasis.

In dieser Woche wurden in der Berichterstattung der Medien häufig die Wähler in den Vorstädten für Wahlniederlagen republikanischer Kandidaten verantwortlich gemacht, wobei die demografischen Veränderungen in vielen Vorstädten durch junge farbige Wähler kaum beachtet wurden. Diese neue Wählerschicht spricht vor allem auf progressive Forderungen an, weil sie die ungerechten Einkommensverhältnisse, die Benachteiligung von Farbigen und die Zerstörung der Umwelt ablehnen.

Mit dem Einschwören auf moderate Forderungen lassen sich die Basis der Demokratischen Partei und parteipolitisch nicht festgelegte Wähler nicht mehr stimulieren; republikanische Kandidaten sind nur da zu besiegen, wo ihre demokratischen Kontrahenten den Unterschied zwischen sozialer Gerechtigkeit und Lobhudelei für die US-Oligarchie deutlich machen.

Umfragen belegen, dass sich die Wahlberechtigten nach progressiven Veränderungen sehnen, obwohl die in den Mainstream-Medien kaum Beachtung finden. In Umfragen fordern

- 76 Prozent der Befragten höhere Steuern für die Reichen,
- 70 Prozent eine Krankenversicherung für alle,
- 59 Prozent einen Mindestlohn von 15 Dollar,
- 60 Prozent gebührenfreie Universitäten,
- 69 Prozent die Aufrechterhaltung der Möglichkeit zum Schwangerschaftsabbruch,
- 65 Prozent eine progressive Strafrechtsreform und
- 59 Prozent strengere Umweltgesetze.

Trotzdem werden diese populären Forderungen (von der Parteiführung der Demokraten) weitgehend ignoriert oder sogar verunglimpft, weil sie angeblich zu "links" seien und einen Wahlsieg gefährden könnten. Mit den gleichen Argumenten wurde schon Bernie Sanders (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Bernie_Sanders) Präsidentschaftskandidatur im Jahr 2016 verhindert.

Wegen der in den Zwischenwahlen errungenen Mehrheit wird Nancy Pelosi (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Nancy_Pelosi) vermutlich wieder zur Sprecherin des Repräsentantenhauses aufrücken. Obwohl sie von *Fox News* und anderen rechten Medien häufig als "ultraliberale Furie" geschmäht wird, unterstützt Frau Pelosi die Steuer- und Militärpolitik der Trump-Regierung und wird sich deshalb wohl kaum für die Durchsetzung progressiver Forderungen einsetzen.

Frau Pelosi hat bereits im September dieses Jahres, als sie noch Oppositionsführerin im Repräsentantenhaus war, jeden potentiellen "Linksruck" ausgeschlossen, als sie ankün-

digte, (bei einem Wahlsieg der Demokraten) die "Pay and Go"-Regel (s. <https://www.esquire.com/news-politics/politics/a21206043/pelosis-pay-go-rule/>) wieder einführen zu wollen, die vorschreibt, dass alle zusätzlichen Ausgaben durch Steuererhöhungen oder Kürzungen anderer Ausgaben ausgeglichen werden müssen. Justin Talbot-Zorn, der früher drei demokratische Abgeordnete in Gesetzgebungsfragen beraten hat, reagierte auf diese Ankündigung mit einem Artikel auf der Website des Magazins *The Nation*, in dem er nachwies, dass sich "progressive Politik und konservative "Pay and Go"-Regelungen gegenseitig ausschließen. Er schrieb: "Die steigende Ungleichheit und die Bedrohung des Sozialsystems durch stagnierende Löhne, unbezahlbare Universitäten und überteuerte Gesundheitskosten können nur mit umfangreichen zusätzlichen Investitionen beseitigt werden."

Frau Pelosi unterstützt gemeinsam mit Chuck Schumer (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Charles_Schumer), dem Anführer der demokratischen Minderheit im Senat, die von Trump betriebene drastische Erhöhung der US-Militärausgaben, die für das ständige Ansteigen der Staatsverschuldung verantwortlich sind. Als Trump im Frühjahr 2018 eine 11-prozentige Erhöhung des Pentagon-Haushalts in den nächsten beiden Jahren vorschlug, teilte Frau Pelosi allen demokratischen Abgeordneten in einer E-Mail mit: "In den Verhandlungen haben wir Demokraten tapfer für die Erhöhung der Verteidigungsausgaben gekämpft." Das Büro des Senators Chuck Schumers verkündete öffentlich: "Präsident Trump hat für die geplante Erhöhung der Verteidigungsausgaben unsere volle Unterstützung."

Dieses Kungeln der demokratischen Parteiführung mit dem militärisch-industriellen Komplex, das die seit nunmehr 18 Jahren andauernden endlosen US-Kriege erst möglich gemacht hat, freut zwar die Kriegstreiber in Washington, bringt aber keine Stimmen aus der Arbeiterklasse.

Im Wahlkampf haben nur wenige demokratische Kongresskandidaten eine Kürzung der Militärausgaben zugunsten innenpolitischer Investitionen gefordert. Zu den bemerkenswerten Ausnahmen gehören auch vier farbige Frauen, die ins Repräsentantenhaus einziehen werden: Alexandria Ocasio-Cortez, New York (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Alexandria_Ocasio-Cortez), Ilhan Omar, Minnesota (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Ilhan_Omar), Ayanna Pressley, Massachusetts (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Ayanna_Pressley) und Rashida Tlaib, Michigan (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Rashida_Tlaib)

Diese vier Neulinge werden die Reihen der progressiven Demokraten im Repräsentantenhaus verstärken, deren Anzahl damit auf fast 80 angewachsen ist. Allerdings ist es kein Geheimnis, dass viele dieser Demokraten nur dem Namen nach "progressiv" sind.

Die meisten Demokraten im Kongress unterstützen widerspruchlos den innen- und außenpolitischen Kurs ihrer Parteiführung. Das wird sich nur ändern, wenn die progressive Basis stärkeren Einfluss auf Wahlentscheidungen nimmt.

Norman Solomon ist Mitbegründer und nationaler Koordinator von RootsAction.org. (s. <https://rootsaction.org/>). Er hat das Institute for Public Accuracy (s. <http://accuracy.org/>) gegründet und ist dessen geschäftsführender Direktor. Solomon hat auch ein Dutzend Bücher geschrieben, darunter "War Made Easy: How Presidents and Pundits Keep Spinning Us to Death" (das unter dem Titel "War Made Easy – Wie uns Präsidenten und Experten zu Tode lügen" im Jim Humble Verlag auch in deutscher Übersetzung erschienen ist.)

(Wir haben der Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Weitere Infos über den Autor sind nachzulesen unter https://de.wikipedia.org/wiki/Norman_Solomon . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



A Challenge to the New Blue Congress: Govern as Progressives

Norman Solomon,

Published November 8, 2018

Election results were still pouring in Tuesday night when pundits on cable news channels began to revive a media refrain that conventional wisdom has been aiming at Democratic Party leaders for decades: Stay away from the left and move toward the center.

We should expect plenty of such advice during the months ahead as Democrats take control of the House for the first time in eight years. It may sound prudent to urge “affordable health care” instead of Medicare for All, or “subsidies for community colleges” instead of tuition-free public college. But such positions easily come across as wonky mush that offers no clear alternative to a status quo that played a role in driving populist anger into the arms of the right wing in the first place.

Last week, in the closing days of the midterm campaign, Barack Obama campaigned saying that he wanted to appeal to “compassionate conservatives,” a phrase propagated by George W. Bush two decades ago. Few Republicans actually turn out to be persuadable at election time. Efforts to pander to them show contempt for progressive principles. Such pandering can lessen the kind of grassroots enthusiasm that helped to defeat GOP candidates in the latest midterms.

Though Andrew Gillum’s gubernatorial quest in Florida fell just short of victory and Stacey Abrams may not reach a runoff election for governor of Georgia, their campaigns boosted turnout that surely helped some Democratic contenders to flip congressional districts. People of color and youthful voters proved to be pivotal — energized not by “moderate” candidates but by strong progressive populism.

The same held true for the Senate campaign of Beto O’Rourke, whose inspiring race in Texas came within less than 3 percent of toppling the extreme right-wing incumbent Ted Cruz. Texas journalist Mimi Swartz commented in a New York Times piece that “O’Rourke gave Texans who have long felt disenfranchised a glimpse of what could be, and I hope they don’t take his defeat as a sign that victory is beyond their grasp.” She added that “the enthusiasm for Mr. O’Rourke most likely helped less glamorous and less moneyed candidates win down the ballot.” And seeds were planted for years to come: The president of Voto Latino “said that her organizations saw a 500 percent increase in registration among young Latino voters in Texas, the state that previously had the lowest voter participation of all.”

When political campaigns are deeply authentic from the grassroots, they serve as compost to prepare the ground for future victories. In sharp contrast, there’s little left to build on after Election Day in the wake of top-down campaigns that promote moderate notions in response to extremely dire problems. While commonly applauded by mass media, centrism smothers the fires of grassroots excitement.

This week, media coverage has often focused on “suburban” voters as key to the defeat of GOP candidates — while rarely noting the demographic changes in many suburbs that

have made them more racially diverse. People of color and young voters are often drawn to progressive populism that directly challenges widening income inequality, institutional racism and environmental degradation.

Incantations about the need for so-called moderate policies do little to stimulate a big turnout from the Democratic base — and other voters — oriented to voting against Republican candidates if their opponents draw sharp contrasts between advocacy for economic justice and flackery for de facto oligarchy.

Surveys show that voters are hungry for genuinely progressive policies that have drawn little interest from mainstream media outlets. For instance, polling of the US public shows:

- 76 percent support higher taxes on the wealthy.
- 70 percent support Medicare for All.
- 59 percent support a \$15 minimum wage.
- 60 percent support expanded tuition-free college.
- 69 percent oppose overturning Roe v. Wade.
- 65 percent support progressive criminal justice reform.
- 59 percent support stricter environmental regulation.

Yet such popular positions are routinely ignored or denigrated by elite political pros who warn that such programs are too far left for electoral success. The same kind of claims assumed that Bernie Sanders would never get beyond single digits in his 2016 presidential campaign.

The midterm election results have made Nancy Pelosi the likely next House speaker. Although habitually bashed by Fox News and other right-wing outlets as an ultra-liberal villain, Pelosi has declared allegiance to fiscal centrism and ongoing militarism that forecloses implementing a progressive political agenda.

In September, as House minority leader, Pelosi precluded any potential left-populist agenda by backing reinstatement of a “pay-go” rule to offset all new spending with tax increases or budget cuts. A former legislative director for three Democrats in Congress, Justin Talbot-Zorn, responded with an article on The Nation’s website pointing out that “bold progressivism and ‘pay-go’ fiscal conservatism are mutually exclusive.” He wrote: “The issues of America’s rising inequality and frayed social contract — including stagnant wages, unaffordable college, and exorbitant health care can only be fixed with major new investments.”

Pelosi is closely aligned with Senate Democratic leader Chuck Schumer in obediently saluting President Trump as he boosts military expenditures — which already account for most of the nation’s discretionary spending. Early this year, when Trump proposed an 11 percent Pentagon budget increase over two years, Pelosi proudly declared in an email to fellow House Democrats: “In our negotiations, Congressional Democrats have been fighting for increases in funding for defense.” The office of Senate Democratic leader Chuck Schumer proclaimed: “We fully support President Trump’s Defense Department’s request.”

Such pandering to the military-industrial complex — enabling and reinforcing endless US warfare now in its 18th year — may well be touted as a sign of “moderate” leadership. But it is far more popular inside the Beltway than it is among working-class voters.

This year, few Democratic congressional candidates talked about how military budget cuts could free up funds for a progressive domestic agenda. Notable exceptions included four women of color who will soon become members of the House: Alexandria Ocasio-Cortez

(New York), Ilhan Omar (Minnesota), Ayanna Pressley (Massachusetts) and Rashida Tlaib (Michigan).

All four of those newcomers to Capitol Hill will help to swell the ranks of the Congressional Progressive Caucus, which already includes nearly 80 members of the House. Yet it's no secret that many of the Caucus members are "progressive" in name only.

Most congressional Democrats remain inclined to defer to their party's leadership on domestic and foreign policies. That will only change to the extent that grassroots progressives develop and wield real electoral power.

Norman Solomon is cofounder and national coordinator of RootsAction.org. He founded the Institute for Public Accuracy, where he is executive director. Solomon is the author of a dozen books, including War Made Easy: How Presidents and Pundits Keep Spinning Us to Death.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern